

«Ich schlafe schlecht dieser Tage. Ich schlafe wirklich schlecht»

Ralph Lewin Der Präsident des Israelitischen Gemeindebunds wünscht sich, dass die Schweiz nicht vergisst, was am Anfang des Krieges im Nahen Osten stand. Und er berichtet, was Jüdinnen und Juden hier gerade erleben.

Philipp Loser, Markus Häfliger und **Kostas Maros** (Foto)

Herr Lewin, der Basler Regierungspräsident Beat Jans hat sich diese Woche öffentlich entschuldigt, weil er nicht früher etwas zu den Attacken der Hamas gesagt hat. War das eine nötige Entschuldigung? Offensichtlich kam Beat Jans zu diesem Schluss. Wahrscheinlich erfuhr er deutliche Reaktionen, weil sich die Regierung so lange nicht offiziell äusserte. Ich fand es gut, dass er das in aller Klarheit gesagt hat.

Es gibt in den sozialen Medien eine teilweise gehässige Diskussion darüber, wie schnell und wie vorbehaltlos sich Politiker und Behörden zum Krieg äussern sollten. Was denken Sie dazu?

Ich finde nicht, dass jeder Politiker und jede Politikerin etwas zum Krieg sagen muss. Es gibt aber Kantone mit grösseren jüdischen Gemeinden, Zürich zum Beispiel, Genf, Bern oder eben auch Basel. Die Menschen in den Gemeinden sind schockiert. Die Anschläge waren ein Einschnitt in ihrem Leben. (Er stockt.) Ich selbst werde grad

«Wir stellen einen grossen Bedarf an Betreuung und Austausch fest. Einen Bedarf an Geborgenheit.»

wieder emotional, wenn ich daran denke. Für diese Menschen ist es wichtig, dass die Behörden an ihren Wohnorten klar Stellung beziehen. Die Schweiz hat auch als Land eine besondere Beziehung zu Israel.

In Basel fand 1897 der erste Zionistenkongress statt.

Ja. Und in Israel befindet sich eine der grössten Auslandschweizerkolonien überhaupt, 23'000 Schweizerinnen und Schweizer leben in Israel. Das sind mehr als Juden in der Schweiz.

Sie sprechen von einem Einschnitt. Inwiefern unterscheidet sich der Angriff vom 7. Oktober von früheren Angriffen auf Israel?

Es ist das Ausmass der Unmenschlichkeit, der Aggression, der Brutalität. Es war das grösste Massaker an Jüdinnen und Juden seit dem Holocaust. Ein guter Freund von mir kennt eine ehemalige Arbeitskollegin, die zusammen mit ihrer zehnköpfigen Familie nach Gaza entführt wurde. Das ist unvorstellbar. Der Angriff geht auch so tief, weil das Sicherheitsgefühl des gesamten

Staates Israel erschüttert wurde. Israel ist die Rückversicherung für ganz viele Juden auf der Welt. Der Staat wurde nach dem Holocaust gegründet als einen Ort, wo Juden immer hingehen können, wenn sie sich nicht mehr sicher fühlen. Und jetzt muss man sich plötzlich fragen, auch als Schweizer Jude: Ist es dort überhaupt noch sicher?

Wie geht es den Schweizer Jüdinnen und Juden heute?

Wir stehen immer noch unter Schock, das trifft uns ins Mark. Viele Schweizer Jüdinnen und Juden fürchten auch, dass diese aufgeladenen Emotionen hierher überschwappen könnten. Alles wirkt etwas gedämpft, und man fragt sich jetzt gegenseitig öfter: Wie geht es dir eigentlich? Wir stellen einen grossen Bedarf an Betreuung und Austausch fest. Einen Bedarf an Geborgenheit.

Spüren Sie diese Gedämpftheit auch in der restlichen Bevölkerung?

Deutlich weniger. Natürlich geht das an den Leuten nicht spurlos vorüber, aber einen allgemeinen Schockzustand stelle ich nicht fest. Aber das hat vielleicht auch mit mir zu tun, seit den Anschlägen gibt es für mich kein anderes Thema mehr.

Sie sind kein Israeli, sondern ein jüdischer Schweizer. Wie würden Sie das Verhältnis der Schweizer Jüdinnen und Juden zum Staat Israel beschreiben?

Erstens haben sehr viele Schweizer Jüdinnen und Juden persönliche Beziehungen nach Israel. Sie haben dort Familie oder Freunde. Zweitens bedeutet die Existenz Israels für die meisten Juden, dass es einen Platz auf der Erde gibt, wo sie, falls sie sich bedroht fühlen sollten, hingehen könnten. Und drittens lebt heute ein grosser Teil der weltweiten jüdischen Bevölkerung in Israel. Darum sind die meisten Juden interessiert an dem, was in Israel passiert – auch darum, weil das Auswirkungen haben kann auf uns Juden in der Schweiz. So wie jetzt.

Wie steht der Schweizerische Israelitische Gemeindebund Israel gegenüber?

Die Hauptaufgabe des SIG ist, die Interessen der jüdischen Gemeinschaft in der Schweiz zu vertreten – gegenüber Politik, Behörden, Medien und generell gegenüber der Öffentlichkeit. Das, was in Israel passiert, kommentieren wir in der Regel nicht. Denn die Schweizer Juden haben genauso unterschiedliche Meinungen zur israelischen Politik wie die Juden in Israel selbst. Wie hart dort politisch gerungen wird, sah man in den letzten Monaten bei der Auseinandersetzung um die geplante Justizreform. Aber der SIG äussert sich dann zu Israel, wenn es vital wird. Und was wir jetzt erleben, ist vital für Israel.

Was antworten Sie Menschen, die auch auf die schwierigen Lebensbedingungen der Palästinenser in Gaza hinweisen? Auf menschen-



Wünscht sich, dass die Hamas in der Schweiz verboten und als Terrororganisation eingestuft wird: Ralph Lewin.

verachtende Aussagen israelischer Minister?

Auf Gewaltakte von Siedlern?

Solche Gewaltakte verurteile ich uneingeschränkt, und ich würde einem solchen Menschen sagen, dass es selbstverständlich Äusserungen und Entscheide der israelischen Regierung gibt, die ich auch nicht gut finde. Doch egal, was ein Minister vielleicht gesagt hat: Es kann niemals das rechtfertigen, was am 7. Oktober passiert ist. Das war ein Pogrom, ein Massaker.

In der Schweiz ist die Nervosität gross. In verschiedenen Städten wurden Kundgebungen verboten – propalästinensische wie proisraelische.

Ich kann verstehen, dass die Behörden sich Sorgen machen wegen möglicher Übergriffe auch in der Schweiz. Wir müssen tatsächlich darauf achten, dass hier keine Aggressionen entstehen, dass die Leute nicht aufgestachelt werden. Und das kann passieren! Wenn man an einer Demo wie in Bern den Slogan liest: «From the river to the sea, Palestine will be free» und sich vorstellt, was das konkret bedeuten würde, dann ist das nach so einem Terroranschlag existenziell.

Fühlen Sie sich von den Behörden genug unterstützt?

Moralisch ja.

Und sonst?

Ich wünsche mir, dass sich der Bund für die Befreiung der Geiseln einsetzt, und ich wünsche mir, dass die Hamas verboten wird und künftig als Terrororganisation geführt wird. Wir vom SIG setzen uns schon seit zwei Jahren für ein solches Verbot ein, und jetzt kommt endlich Bewegung in die Sache. Diese Woche hat Bundesrat Albert Rösti das Verbot in einer Rede unterstützt. Es geht einfach nicht, dass die Schweiz hier einen Extrazug fährt. Schon heute gilt die Hamas in sämtlichen EU-Staaten als Terrororganisation. Was unterscheidet die Gräueltaten der al-Qaida oder des IS von den Gräueltaten der Hamas?

Ihre Antwort?

Nichts! Man muss sich die Dimensionen vor Augen führen. Am 11. September 2001 starben in New York fast 3000 Menschen, was grauenhaft war. Am 7. Oktober 2023 starben in Israel 1300. Wenn man das in Relation zur jeweiligen Bevölkerung setzt, ermordeten die Terroristen in Israel deutlich über zehnmal mehr Menschen als 2001 in den USA.

Erfahrener Politiker

Ralph Lewin (70) ist studierter Ökonom, Politiker der SP, langjähriger Regierungsrat in Basel-Stadt (1997–2008) und Verwaltungsratspräsident der Bank Cler (2010–2017). Seit 2020 ist er Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds (SIG), der die rund 18'000 Menschen jüdischen Glaubens in der Schweiz vertritt. Lewin ist verheiratet, hat zwei erwachsene Kinder und lebt in Basel. (red)

Warum ist ein Verbot der Hamas so wichtig?

Die Schweiz darf kein sicherer Hafen für die Hamas sein. Sämtliche Unterstützungs- oder gar Vorbereitungshandlungen zu einem möglichen Terroranschlag müssen frühestmöglich unterbunden werden.

Haben Sie Hinweise, dass die Hamas in der Schweiz aktiv ist? Oder ist das Verbot vor allem symbolisch?

Auch Symbolik ist wichtig! Aber ein Verbot hätte auch einen praktischen Nutzen für die Schweiz. Sie kann dann jegliche Aktivitäten einer Terrororganisation in unserem Land unterbinden und proaktiv agieren. Wir müssen nicht warten, bis etwas passiert. Das trägt letztlich zur Sicherheit von uns allen bei. Solange die Hamas nicht verboten ist, wird es auch immer wieder Sympathiebekundungen wie in Genf geben, ohne dass die Polizei etwas dagegen tun kann.

Sympathiebekundungen?

Das haben Sie nicht gesehen? Warten Sie. (Er nimmt sein Telefon hervor, beginnt zu scrollen.) Ich bin noch nie so in Mails und Whatsapp' ersehen wie jetzt ... Ah, hier, schauen Sie. (Er zeigt ein Foto. «Merci Hamas» steht an einem Kleidersammelcontainer hingeschmiert. Er schüttelt den Kopf.) Wenn ich so etwas lese ... ich weiss auch nicht. Das geht so tief, das ist so verletzend ... (Er bricht ab.)

Ein Argument, das man oft hört: Man könne die Hamas nicht verbieten, weil man bei der Verteilung der humanitären Hilfe auf sie angewiesen sei.

Man muss einfach ganz genau schauen, wohin die humanitäre Hilfe fliessen. Aber man darf so etwas nicht als Vorwand gebrauchen, um eine Terrororganisation nicht als das zu bezeichnen, was sie ist: eine Terrororganisation.

Was erwarten Sie von der Schweizer Bevölkerung?

Ich wünsche mir, dass sie sich noch etwas länger an die Ursache dieses Krieges erinnert, der Israel aufgezwungen wurde.

Sie befürchten, dass die Solidarität mit Israel schwinden wird?

Das geschieht ja jetzt schon. Die Hamas hat eine perfide Strategie. Sie haben einen Riesenschlag gegen einen Nachbarstaat unternommen, von dem sie wussten, dass er nicht unbeantwortet bleiben würde. Das war von Anfang an einkalkuliert. Wenn Israel dann gegen diese Terrororganisation vorgeht, ist das Risiko, dass auch Zivilisten zu Schaden kommen, enorm. Das hat auch damit zu tun, dass die Hamas sich in der Zivilbevölkerung eingenistet hat. Trotzdem ist es wichtig, dass Israel so viel Rücksicht nimmt, wie irgend möglich.

Was ist Ihre konkrete Befürchtung?

Heute wissen noch alle, was diesen Krieg ausgelöst hat: ein beispielloser Terroranschlag. Das wird auch in den Medienberich-

ten jedes Mal erwähnt. Noch. Doch irgendwann wird man vielleicht nicht mehr vom Terroranschlag reden, sondern nur noch von dem, was als Folge davon geschieht. Es könnte eine Täter-Opfer-Umkehr geben. Um es ganz klar zu sagen: Israel wollte diesen Krieg nicht. Wir haben Freunde in Israel, deren Enkel jetzt eingezogen worden sind. Niemand will das. Ich schliefe schlecht in den vergangenen Tagen. Ich schlafe wirklich schlecht.

Könnte das zerstörte Spital ein solcher Kippunkt sein?

Das Spital zeigt: Wir befinden uns in einem Informationskrieg. Wer schneller seine Version in die Welt ruft, gewinnt. Dabei kann man heute unmöglich sagen, wer für diese Explosion verantwortlich war. Das muss sorgfältig geprüft werden, da muss auch sorgfältig berichtet werden. Dabei haben Sie auch als Medien eine Verantwortung! Haben Sie die Frontschlagzeile der «Basler Zeitung» aus Ihrem Haus am Tag nach dem Angriff im Kopf?

Nein.

Da, schauen Sie. (Er nimmt eine BaZ aus seiner Mappe.) Da steht: «Hundert Tote bei Angriff Israels auf Gaza-Streifen.» Nein! Und weiter: «Allein beim Luftangriff auf ein Spital nahe Gaza-Stadt seien mindestens 500 Menschen gestorben.» Und: «Meldeten Hamas-Behörden.» Nein! Bei Redaktionsschluss war bereits bekannt, dass sich Israel und die Hamas gegenseitig beschuldigen. Das stand nicht auf der Frontseite. Dieser Artikel ist einfach unsorgfältig, und so etwas hat Konsequenzen. Jemand hat mich nach dieser Schlagzeile angerufen und empörte sich. Er meinte, das sei ein Aufruf zu einem Judenprogramm. Inzwischen hat sich die BaZ für diesen Fehler entschuldigt. Der Angriff auf dieses Spital ist katastrophal – egal, wer dafür verantwortlich ist. Aber wenn man voreilig Israel die Schuld gibt, hat das sehr, sehr gravierende Folgen. Schon wenige Stunden nach der Explosion sind Menschen auf die Strasse gegangen.

Sie reden von den Demonstrationen in den arabischen Staaten.

Ja, aber wer in der Schweiz auf diese Weise unbestätigte Bilder verfestigt, trägt dazu bei, die Proteste und die Gewalt auch hierherzubringen. Er trägt auch dazu bei, den alltäglichen Antisemitismus in der Schweiz zu verschärfen.

Stellen Sie seit dem Terrorangriff auf Israel bereits mehr Antisemitismus fest?

Nicht so stark wie in Ländern wie Frankreich, wo sich die antisemitischen Vorfälle seit dem Angriff innert zwei Tagen verdreifacht haben. Aber auch bei uns haben solche Vorfälle in den letzten Tagen zugenommen.

An welche Vorfälle denken Sie?

Zwei Beispiele habe ich Ihnen bereits genannt. Im Kanton Zürich wurde ein Mann mit einem Davidstern angespuckt. Sonja Rueff-Frenkel, die in Zürich für den Nationalrat kandidiert, wurde beim Flyerverteilen antisemitisch beschimpft. (Er zieht die Kopie eines Briefes aus seiner Mappe. Jemand hat ihn säuberlich gestempelt: «Eingegangen 17. Oktober 2023»). Der Text lautet: «Ich freue mich über die Sonderbehandlung der Juden durch die Hamas. Eine wunderschöne Aktion. Ich hoffe, es gibt noch mehr. Heinrich Himmler wäre stolz darauf. Ich bedaure, dass die SS die Arbeit nicht vollenden konnte. Dann gäbe es keinen Saufjudenstaat. Heil Hitler!» Das ist bei der Israelitischen Kultusgemeinde Zürich eingegangen. Natürlich anonym. Solche Dinge werden jetzt zunehmen, das wissen wir aus Erfahrung. Und der Brief kam noch vor dem Raketen-treffer auf das Spital und vor der Frontschlagzeile, die Israel die Schuld gab.

Wie haben sich die antisemitischen Vorfälle vor der Hamas-Attacke entwickelt?

Sie nehmen seit einigen Jahren zu, das ist der längerfristige Trend. Vor allem während der Pandemie wurden wir viel stärker mit den klassischen antisemitischen Stereotypen konfrontiert. Entweder hiess es, die Juden hätten das Coronavirus erfunden. Oder es hiess, sie hätten das Virus extra produziert.

Die klassischen antisemitischen Weltverschwörungsmymthen.

Besonders sichtbar war und ist diese Art von Antisemitismus im Onlinebereich. Bestimmte Kanäle, vor allem Telegram, werden null moderiert. Auch auf Twitter, heute X, haben antisemitische Posts in den USA stark zugenommen, seit Elon Musk dort übernommen hat. Man hört immer wieder Stimmen, auch in der Schweiz, die solche Äusserungen in den sozialen Medien verteidigen, indem sie sich auf die Meinungsfreiheit berufen. Ich kann dieses Argument nicht mehr hören. Aber auch in der realen Welt haben die Vorfälle in den letzten drei bis vier Jahren leicht zugenommen.

Was erwarten Sie von den Schweizer Behörden?

Die Schweiz muss mehr gegen Antisemitismus machen. Denn Antisemitismus ist nicht nur das Problem der Juden, sondern der Gesellschaft. Das haben leider noch nicht alle begriffen.

Wie meinen Sie das?

Die Antisemitismus-Beauftragte der Regierung Biden sagte, die Juden seien die Kanarienvögel der Gesellschaft.

«Je mehr der Judenhass zunimmt, desto mehr sind Demokratie und Menschenrechte in Gefahr.»

In Anlehnung an die Kanarienvögel, die Bergbauarbeiter in Minen halten?

Genau. Weil die Kanarienvögel schneller sterben als der Mensch, wenn die Kohlenmonoxidkonzentration zu hoch wird, dienen sie als Frühwarnsystem. Genauso ist es beim Antisemitismus. Je mehr der Judenhass zunimmt, desto mehr sind die Demokratie und die Menschenrechte überhaupt in Gefahr – zuerst für andere Minderheiten, dann für alle Menschen.

Und dagegen tut die Schweiz zu wenig?

Eindeutig. Wir haben das bei den Behörden schon mehrfach vorgbracht, doch bisher vergebens. Nationalrätin Sibel Arslan verlangte im März 2022 in einem Vorstoss eine Strategie und einen Aktionsplan gegen Antisemitismus. Die EU hat das schon von ihren Mitgliedsländern verlangt. Doch der Bundesrat findet, das sei nicht nötig. Diese Meinung teile ich überhaupt nicht. Es wäre dringend nötig.

Wie müsste eine solche Strategie aussehen?

Es geht nicht darum, hundert-seitige Berichte zu schreiben. Es geht nur um eine Frage: Was kann man gegen den wachsenden Antisemitismus machen? Zum Beispiel in der Schule: Wir müssen unseren Schülerinnen und Schulabgängern mehr Wissen vermitteln. Über den Holocaust. Darüber, wer die Juden eigentlich sind. Man muss ihnen erklären, was Antisemitismus ist und woher er kommt. Antisemitismus ist nicht dort am grössten, wo es am meisten Medien hat. Sondern dort, wo es wenige Juden hat und die Leute darum wenig über sie wissen. Umfragen zeigen: Negative Stereotype über die Juden sind in den Köpfen von Hunderttausenden von Menschen. Allein hier in der Schweiz.